



Pressemitteilung

Berlin/Wien, 30. November 2022

Ausländische Direktinvestitionen stärken Mittel- und Osteuropas Volkswirtschaften

- **Neue Studie zeigt maßgebliche Effekte für Wachstum und Beschäftigung**
- **Deutsche und österreichische Investitionen reduzieren zudem Armut und soziale Ungleichheit**
- **Haußmann: „Direktinvestitionen und Handel sind keine Einbahnstraßen“**
- **Holzner: „Ausländische Direktinvestitionen sind nach wie vor die Basis des Wachstumsmodells in Mittel- und Osteuropa“**

Die umfangreichen deutschen und österreichischen Direktinvestitionen in Ostmittel- und Südosteuropa haben dort seit Anfang der 1990er Jahre maßgeblich zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung beigetragen. Gleichzeitig haben sie auch einen Beitrag zum Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit geleistet. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer Studie über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen in 17 Volkswirtschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOE), die das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) im Auftrag des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft erstellt hat. Konkret wurden Tschechien, Ungarn, Polen, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien im Zeitraum 1993 bis 2020 untersucht.

Es ist die bisher umfangreichste wissenschaftliche Studie zur Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region, in der

deutsche und österreichische Unternehmen zu den größten Investoren zählen. Bis Ende 2020 hatten deutsche Firmen nicht weniger als 109 Milliarden Euro in den 17 Ländern investiert, österreichische Unternehmen immerhin 76 Milliarden Euro.

„Die deutsche Wirtschaft profitiert wie kaum eine andere von der Marktöffnung im Osten Europas seit 1989“, sagt Ost-Ausschuss-Vorstandsmitglied Philipp Haußmann (Ernst Klett AG). „Unsere enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Region trägt entscheidend zur globalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei. Ohne Mittel- und Osteuropa stünden wir heute nicht so gut da.“ Deutschlands Unternehmen profitierten insbesondere von vorteilhaften Produktions- und Beschaffungskosten im Osten sowie dem Zugang zu neuen Absatzmärkten. „Die Studie zeigt eindrucksvoll, dass umgekehrt die deutschen und österreichischen Investitionen maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beigetragen haben“, sagt Haußmann. „Direktinvestitionen und Handel sind keine Einbahnstraßen, sondern kommen beiden Seiten zugute.“

Durchwegs positive Effekte auf Wachstum und Arbeitsmarkt

Besonderes Augenmerk richten die Studienautoren Branimir Jovanović and Doris Hanzl-Weiss vom wiiw auf die Wirkungen der Direktinvestitionen aus der EU, insbesondere aus Deutschland und Österreich. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass der allgemein positive Effekt ausländischer Direktinvestitionen bei deutschen und österreichischen Direktinvestitionen in der Region MOSOE besonders ausgeprägt war. Diese trugen neben den Impulsen für Wachstum und Arbeitsmarkt auch zur Reduzierung sozialer Ungleichheit und Armut bei. Diese im Vergleich zu anderen Investitionen besonders vorteilhafte Wirkung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass gerade deutsche und österreichische Direktinvestitionen in besonderem Maße zu einem höheren Konsum und steigenden Exporten in den Zielländern führten und insbesondere Menschen mit niedrigeren Einkommen zugutekamen.

„Ausländische Direktinvestitionen sind nach wie vor die Basis des Wachstumsmodells in Mittel- und Osteuropa“, betont Mario Holzner, Direktor des wiiw. „Jene Länder der Region, welche die höchsten Einkommen haben, sind auch über hohe ausländische Direktinvestitionen eng in den mitteleuropäischen Industrie-Cluster eingebunden. Ein gutes Beispiel sind die Direktinvestitionen der deutschen Automobilindustrie, die zehntausende

Arbeitsplätze für qualifizierte Facharbeiter geschaffen haben, die vom Zusammenbruch großer staatlicher Industriebetriebe im Zuge der Transformation nach 1989 besonders stark betroffen waren“, so Holzner.

Allerdings zeitigten nicht alle Direktinvestitionen die gleichen positiven Effekte, wie jene aus Deutschland und Österreich. Die Studienautor*innen Jovanović and Hanzl-Weiss leiten aus ihren Untersuchungen daher die Empfehlung ab, dass die Volkswirtschaften der Region ihre Bemühungen, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, gezielt auf solche Investitionen konzentrieren sollten, die positive wirtschaftliche und soziale Auswirkungen erwarten lassen.

Haußmann: „Gute Rahmenbedingungen schaffen“

„Wir hoffen, dass die Studie dazu beiträgt, weiter gute Rahmenbedingungen für ausländische Investoren zu schaffen und aufrechtzuerhalten“, sagt Ost-Ausschuss-Vorstand Haußmann. Bestrebungen, ausländische Investoren zu benachteiligen oder aus strategischen Branchen zu verdrängen, seien dagegen ein Verlust für alle Seiten. „Gerade jetzt ordnen deutsche Unternehmen vor dem Hintergrund der globalen Verwerfungen ihre internationalen Lieferketten neu“, sagt Haußmann. Dabei spielten die Verkürzung und Regionalisierung von Supply Chains eine wichtige Rolle. „Hier tun sich gewaltige Chancen für Mittel- und Osteuropa auf, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.“

[Die Studie finden Sie hier zum Download!](#)

Über den Ost-Ausschuss

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (gegründet 1952) fördert die deutsche Wirtschaft in den 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht insgesamt für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China zusammen. Der Ost-Ausschuss hat rund 350 Mitgliedsunternehmen und -verbände und wird von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – BDI, BGA, Bankenverband, DIHK, GDV und ZDH - getragen.

www.ost-ausschuss.de

Über das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Das wiiw ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Think Tank, der seit fast 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu Makroökonomie, Handelsfragen, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen, zum europäischen Integrationsprozess, zu Regionalentwicklung, Arbeitsmärkten, Migration und Einkommensverteilung.

www.wiiw.ac.at

Presse-Kontakt:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft:

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation

T.: +49 30 206167 122

M.: +49 175 185 5431

E-Mail: c.himmighoffen@oa-ev.de

wiiw:

Andreas Knapp

Communications Manager

T.: +43 680 1342 785

E-Mail: knapp@wiiw.ac.at